

Staatskanzlei

Kommunikation

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kommunikation@sk.so.ch
so.ch

Medienmitteilung

Regierungsrat stützt Ausweitung der indirekten Presseförderung

Solothurn, 20. Februar 2024 – Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats will die finanzielle Unterstützung von Regional- und Lokalpresse sowie Mitgliedschafts- und Stiftungspreise erhöhen. Konkret soll doppelt so viel Geld wie heute in die sogenannte indirekte Presseförderung fliessen. Der Regierungsrat ist mit den Plänen grundsätzlich einverstanden.

Hintergrund: Das wirtschaftliche Umfeld trübt sich seit Monaten ein. Davon bleibt auch die Schweizer Medienlandschaft nicht verschont: die Werbeeinnahmen sinken, die Einnahmen aus den klassischen Zeitungsabonnements schwinden, Leserinnen und Leser schwenken zusehends auf digitale Angebote um, die zum Teil noch gratis sind. Diese Situation erhöht den Druck insbesondere auf lokale und regionale Medien. Sie bekunden zusehends Mühe, politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Inhalte fundiert aufzuarbeiten und den Mediennutzenden zu vermitteln. Demokratie- und staatspolitisch ist das eine bedenkliche Entwicklung.

Der Regierungsrat stützt daher die Änderung des Postgesetzes, wie sie eine Mehrheit der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KFV-N) vorschlägt. Demnach soll für die postalische Zustellung von Regional- und Lokalzeitungen, sowie von Mitgliedschafts- und Stiftungspreise mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

Vorgeschlagen wird eine Verdoppelung der sogenannten indirekten Presseförderung, von heute 50 auf neu 105 Millionen Franken.

Weitere Auskünfte

Andreas Eng, Staatsschreiber, 032 627 20 21